



Australien und Großbritannien befolgen Israels Zensurbefehle

**Wir haben kürzlich unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus auch im Jahr 2026 fortsetzen können.
Unterstützen Sie uns noch heute:**

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.or
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Okay, kommen wir nun zu einem Thema, auf das wir bereits in der Sendung vom Dienstagabend eingegangen sind: Nach dem Massaker in Sydney traten israelische Regierungsvertreter in fast allen westlichen Ländern im Fernsehen auf und stellten Forderungen wie: „Ihr müsst den Gebrauch bestimmter Formulierungen verbieten und Protestaktionen dieser Art unter Strafe stellen. Wir haben genug davon. Ihr müsst hart dagegen vorgehen.“ Wir haben euch CBS News unter Barry Weiss gezeigt. Dort war eine israelische Frau zu Gast, und sie sagten so etwas wie: „Bitte sagen Sie uns, wie wir Ihnen

besser dienen können, wie wir Ihnen ein Gefühl der Sicherheit geben können, wie wir auf Ihre Bedenken eingehen können.“ Und sie antwortete: „Sie müssen die erweiterte Definition von Antisemitismus, die jede Art von Kritik an Israel und dem jüdischen Volk verbietet, übernehmen und in das Gesetz aufnehmen.“ Und damit traten sie im britischen Fernsehen und im australischen Fernsehen auf.

Und ich dachte wirklich, kann man das glauben? Was für ein Land reist um die Welt und fordert von Regierungen, das Recht ihrer Bürger auf freie Meinungsäußerung einzuschränken, insbesondere von westlichen Ländern, die die Grundlage für die freie Meinungsäußerung bilden, die aus der Aufklärung hervorgegangen ist? Das Vereinigte Königreich ist aus der Magna Carta hervorgegangen. Ganz zu schweigen von der Aufklärungszeit. Und Israel behauptet: „Ja, wir wissen, dass ihr diese Sache mit der freien Meinungsäußerung für wichtig haltet oder was auch immer, aber das gilt nicht mehr, nicht wenn es um uns geht.“ Und wie gesagt, für jemanden, der schon viel Dreistigkeit von Israel gesehen hat, hat selbst mich dieses Maß noch überrascht. Es ist so unverschämt, so diktatorisch. Aber ich hätte wohl erkennen müssen, dass daran nichts ungewöhnlich ist, und dass es sogar so gut funktioniert hat, dass zumindest Großbritannien und Australien, zwei ziemlich große und wichtige Länder, sofort genau so reagiert haben, wie es Israel verlangt hat, und versprochen haben, auch weiterhin so zu handeln.

Zunächst einmal hier eine Ankündigung der Londoner Polizei. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Londoner Polizei fast jedes Wochenende britische Bürger verhaftet, die friedlich für die palästinensische Sache oder gegen den israelischen Krieg in Gaza protestieren. Sie zerren 88-jährige Frauen aus diesen Protesten, junge College-Studenten, oft jüdische Demonstranten, Holocaust-Überlebende. Eine der Methoden, die sie dabei angewandt haben, war, diese Gruppe namens Palestine Action ins Visier zu nehmen, deren schlimmste Tat, die ihnen vorgeworfen wird, darin bestand, dass sie ein paar britische Militärjets auf einem Stützpunkt mit Sprühfarbe besprüht haben, der zur logistischen Unterstützung der israelischen Zerstörung des Gazastreifens genutzt wird. Sie haben niemanden getötet, sie haben nichts in die Luft gesprengt, sie haben nicht gedroht, jemanden in die Luft zu sprengen. Dennoch hat die Labour-Regierung, die Mitte-linke Labour-Regierung, sie als terroristische Organisation gebrandmarkt und als solche eingestuft. Dadurch wird es nicht nur illegal, Mitglied dieser Gruppe zu sein, sondern es wird sogar illegal, seine Unterstützung für diese Gruppe zu bekunden oder die Entscheidung der Regierung in Frage zu stellen. Es gab viele Menschen, die gegen Israel protestierten oder sich für Palästina einsetzten und sagten: „Gerechtigkeit für Palestine Action“ oder „Die Regierung sollte ihre Verfolgung von Palestine Action beenden“. Allein wegen der Äußerung „Palestine Action“ wurden sie sofort von der Polizei festgenommen. Dabei waren alle völlig friedlich.

In ganz Europa gab es bereits massive Razzien. Frankreich und Deutschland haben kurz nach dem 7. Oktober alle pro-palästinensischen Proteste verboten. Man konnte den ganzen Tag und die ganze Nacht lang pro-israelisch protestieren, wenn man wollte, nur nicht pro-palästinensisch. Denn natürlich unterstützten diese Länder Israel, bewaffneten Israel und finanzierten Israel. Es gab also bereits massive Razzien gegen die Meinungsfreiheit in

Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten. Wir haben in vielen Sendungen darüber berichtet, wie die Trump-Regierung amerikanische Universitäten dazu gezwungen hat, diesen extrem erweiterten Kodex gegen Hassreden zu übernehmen, der Antisemitismus als alle möglichen Äußerungen über Israel und Juden definiert, wobei dies sehr verbreitete Kritikpunkte sind und politische Meinungen darstellen, die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt sind.

Die Metropolitan Police hat gestern folgende Erklärung abgegeben. Zitat: *Gemeinsame Erklärung des Kommissars der Metropolitan Police und des Polizeichefs von Greater Manchester*. Zitat: „Wir beginnen mit der Würdigung des schrecklichen Terroranschlags in Australien, bei dem Juden während der Chanukka-Feierlichkeiten gezielt angegriffen wurden. Unsere Gedanken sind bei denjenigen, die ihr Leben verloren haben, ihren Familien und den Verletzten. So kurz nach dem Anschlag auf die Synagoge im Heaton Park in Manchester und angesichts des weltweit zunehmenden Antisemitismus ist dies zutiefst beunruhigend. Die jüdischen Gemeinden in London, Greater Manchester und dem Rest des Vereinigten Königreichs sind bereits besorgt und verängstigt, und dies verstärkt diese Gefühle nur noch. Die verwendeten Worte und Parolen, insbesondere bei Protesten, sind von Bedeutung und haben reale Konsequenzen. Wir wurden von der Staatsanwaltschaft wiederholt darauf hingewiesen, dass viele der Ausdrücke, die in jüdischen Gemeinden Angst auslösen, nicht die Schwelle für eine Strafverfolgung erreichen. Angesichts der eskalierenden Bedrohungslage werden wir nun unsere Vorgehensweise anpassen, um entschlossener vorzugehen. Wir wissen, dass die Gemeinden über Plakate und Parolen wie ‘Globalisiert die Intifada’ besorgt sind, und diejenigen, die diese bei zukünftigen Protesten oder gezielt verwenden, müssen damit rechnen, dass die Met und die GMP Maßnahmen ergreifen werden. Es hat gewalttätige Ausschreitungen gegeben, die Lage hat sich geändert – Worte haben Bedeutung und Konsequenzen. Wir werden entschlossen handeln und Verhaftungen vornehmen.““

Sie sprechen hier nicht von Menschen, die Gewalt planen. Sie sprechen nicht von Menschen, die zivilen Ungehorsam leisten. Sie sprechen von Menschen, die Ausdrücke und Worte verwendet haben, für die man laut britischer Regierung bisher nicht verhaftet werden konnte, weil sie durch die Meinungsfreiheit geschützt sind, und jetzt sagen sie, dass sie ihre Strategie anpassen werden, weil zwei Männer, die dem IS treu ergeben sind und tausende Kilometer entfernt in Australien fünfzehn Menschen in einem offensichtlich schrecklichen Massaker getötet haben, aber nicht eines, das eine Einschränkung und Verletzung der Meinungsfreiheit in dem Land rechtfertigt, das die Magna Carta hervorgebracht und eine wichtige Rolle in der Aufklärung gespielt hat, für die die Meinungsfreiheit angeblich ein Wert ist, für den sie sogar in den Krieg ziehen. Aber genau das tun sie jetzt. Sie werden jetzt Menschen verhaften, die Dinge wie „Globalisiert die Intifada“ sagen. Worte sind Gewalt, so lautet hier die Theorie.

Die israelische Botschaft in Großbritannien gab Großbritannien einen Schulterklopfer, ein kleines Lob – etwas, das die britische Regierung offensichtlich wollte. Hier ist die Aussage der israelischen Botschaft: „Die israelische Botschaft in Großbritannien begrüßt die gemeinsame Ankündigung der Metropolitan Police und der Greater Manchester Police, dass sie Personen verhaften werden, die den Slogan ‘Globalisiert die Intifada’ verbreiten.“ Ich

sollte hier anmerken, dass „Intifada“ ein arabisches Wort ist, das so viel wie „Abschütteln“ bedeutet. Es wird verwendet, um Widerstand zu beschreiben. Es wird im Zusammenhang mit der Besatzung verwendet. Dieses Wort hat an sich nichts Gewalttägliches. Wie jede Sache kann es eine gewaltfreie Bedeutung haben, es kann eine gewalttätige Bedeutung haben – das gilt für jede Sache, jeden Widerstand, jeden Kampf. Und „die Intifada globalisieren“ bedeutet nichts anderes, als dass die Intifada der Aufstand der Menschen im Westjordanland und im Gazastreifen gegen ihre Besatzer ist. Und „globalisierte Intifada“ bedeutet, dass wir alle daran arbeiten, diese Ungerechtigkeit zu beenden. Dieser Ausdruck ist jetzt illegal. Man wird verhaftet. Man kann der friedlichste Mensch sein. Man kann nichts anderes tun, als auf einer Parkbank zu sitzen, und wenn man ein T-Shirt trägt oder ein Plakat mit der Aufschrift „Globalisiert die Intifada“ oder ein Schild mit der Aufschrift „Gerechtigkeit für Palästina“ in der Hand hält, kommt die Polizei und verhaftet einen, nur weil man seine politische Meinung zum Ausdruck gebracht hat, denn diese politische Meinung ist nach Ansicht Israels strafbar.

Die Aussage fährt fort: „Wie Israel und die jüdische Gemeinschaft seit Jahren sagen, ist der Aufruf zur ‚Globalisierung der Intifada‘ eindeutig eine Aufforderung zur Gewalt, und es lässt sich eine direkte Verbindung zwischen diesen antisemitischen Parolen und den Terrorakten herstellen, die wir weltweit gegen jüdische Menschen gesehen haben.“ Das ist natürlich die Theorie, die der Wokeismus seit langem für Zensur verwendet. Wenn man diese Position gegenüber Menschen mit Transidentität, Schwarzen, Homosexuellen oder wem auch immer einnimmt, sollte man, auch wenn man keine Gewalt befürwortet, auch wenn man nicht zu Gewalt aufruft, auch wenn man sich nicht an Gewalt beteiligt, dennoch zensiert werden, weil man diese Gruppen, ihre Sicherheit und ihr Leben gefährdet.

In den Vereinigten Staaten wäre die Redefreiheit auch dann geschützt, wenn man zu gewalttätigen Angriffen auf diese Gruppen aufrufen würde, vorausgesetzt, man spricht nicht vor einer Menschenmenge und fordert diese auf, sofort loszugehen und andere Menschen anzugreifen. Abgesehen von dieser sehr engen Ausnahme kann man in den Vereinigten Staaten ein Schild mit der Aufschrift „Greift alle Schwulen an“ und „Rettet die Kinder, greift Schwule an“ hochhalten, und das würde innerhalb der Vereinigten Staaten als geschützte Meinungsäußerung gelten. In Europa gelten andere Maßstäbe, aber dennoch sind diese Parolen, wie in der Erklärung gesagt wird, seit langem als nicht strafbar eingestuft, und dennoch werden die Menschen jetzt verhaftet, weil Israel dies gefordert hat.

Israel fährt fort, Zitat: „Es ist enttäuschend, dass die britischen Behörden so lange gebraucht haben, um dies anzuerkennen, und es hätte nicht Aufgabe der jüdischen Gemeinde sein dürfen, die Behörden zu bitten, diese Drohungen ernst zu nehmen, was erst geschehen ist, nachdem weitere Juden getötet worden waren. Wir hoffen jedoch, dass nun echte Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Slogan zu unterbinden, bevor er zu einer weiteren Radikalisierung der Gewalt gegen Juden führen kann.“ Israel hat es irgendwie geschafft, Großbritannien dazu zu zwingen, Ausdrücke zu zensieren, die oft bei palästinensischen Protesten verwendet werden und oft auch von Juden verwendet werden. Und anstatt – sie feiern das wohl nicht gerade, aber sie geben Großbritannien ein kleines Lob für die Zensur ihrer Bürger, um die Israel gebeten hatte. Sie beschweren sich auch: „Ihr hättet das schon viel

früher tun sollen, und wir hätten gar nicht erst darum bitten müssen. Ihr hättet diese Ausdrücke schon längst zensieren und die Menschen, die diese politische Meinung geäußert haben, längst verhaften sollen.“

Es werden bereits Menschen verhaftet – falls Sie denken, dass dies nur Theorie ist, hier ist ein Bericht von AP News von heute: *Britische Polizei verhaftet pro-palästinensische Demonstranten, da die Behörden die Durchsetzung der Gesetze gegen Hassreden verschärfen.* Zitat: „Die Polizei in London hat zwei Personen festgenommen, die während einer pro-palästinensischen Demonstration zur „Intifada“ aufgerufen hatten. Dies geschah nach der Entscheidung der Behörden, die Gesetze gegen Hassreden nach einem tödlichen Angriff auf eine Chanukka-Feier in Australien strenger durchzusetzen. Zwei Demonstranten wurden wegen „rassistisch motivierter öffentlicher Ordnungswidrigkeiten“ verhaftet, nachdem sie während der Demonstration vor dem Justizministerium am Mittwochabend Parolen gerufen hatten, in denen sie zur Intifada aufriefen, teilte die Metropolitan Police Service in den sozialen Medien mit. Eine dritte Person wurde verhaftet, weil sie versucht hatte, die ersten Verhaftungen zu behindern.“

Hier ist ein Reporter von Sky News, der die Verhaftung heute früh beschreibt.

Molly Malone: Der Kontext ist hier wichtig, denn diese Festnahmen erfolgten nur wenige Stunden, nachdem zwei der größten Polizeibehörden des Landes, die Metropolitan Police und die Greater Manchester Police, Warnungen ausgesprochen hatten, dass sie ihre Vorgehensweise ändern und neue Maßnahmen einführen würden, um, wie sie sagten, Einschüchterungen zu verhindern, und dass jeder, der Slogans wie „Globalisiert die Intifada“ skandiert, mit Festnahme rechnen müsse. Und heute Abend kam es zu zwei Festnahmen bei einer Pro-Palästina-Demonstration in der Londoner Innenstadt. Sie sagten, dies liege daran, dass sich der Kontext nach dem Terroranschlag in Bondi Beach in Australien geändert habe, bei dem 15 Menschen getötet wurden – ein Anschlag, der sich natürlich gegen die jüdische Gemeinde richtete, die den ersten Abend von Chanukka feierte. Die Metropolitan Police gab an, dass bei dieser Demonstration insgesamt drei Personen festgenommen wurden, zwei Personen, die Parolen riefen, wegen rassistisch motivierter Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, und eine dritte Person wegen Behinderung dieser Festnahmen.

Was die Reaktion auf diese veränderte Vorgehensweise der beiden großen Polizeikräfte angeht, so wurde sie von jüdischen Gruppen weitgehend begrüßt. Der Oberrabbiner bezeichnete solche Parolen als „rechtswidrig“, doch von anderer Seite kam Kritik, beispielsweise von Ben Jamal von der Palestine Solidarity Campaign, der sagte, dass dies das Recht auf Protest einschränke. Aber wie ich bereits sagte, markiert dies sicherlich einen Kurswechsel nach dem Terroranschlag am Bondi Beach, aber auch nach dem Anschlag auf die Heaton Park Synagoge in Manchester vor einigen Monaten, bei dem erneut die jüdische Gemeinde in einer Synagoge während Jom Kippur zum Ziel wurde. Zwei Menschen wurden getötet. Und die Behörden sagen, dass sie diese Änderungen, diesen Kurswechsel, wirklich wollen, um mit dieser Festnahme zu zeigen, dass Worte Bedeutung haben und Konsequenzen nach sich ziehen.

GG: Nun, ich hoffe, ich verärgere niemanden, wenn ich darauf hinweise, dass es ähnliche Massaker an anderen Gruppen gab. Juden sind nicht die einzigen Opfer solcher Massaker. In den Vereinigten Staaten gab es in den letzten Jahren Massaker, bei denen Menschen gezielt Schwarze ermordet haben – in einem Lebensmittelgeschäft in Buffalo, in einer Kirche in Charleston, South Carolina, und vielen anderen ähnlichen Fällen. Auch Muslime waren Ziel solcher Massaker, darunter eine absolute Gräueltat in Neuseeland vor einigen Jahren, bei der jemand zwei verschiedene Moscheen angriff und Dutzende von Muslimen tötete. Man stelle sich vor, die US-Regierung oder eine andere Regierung hätte gesagt: „Wir müssen wegen dieser Massaker hart durchgreifen und bestimmte Meinungen über Muslime oder Schwarze unter Strafe stellen.“ Alle würden sagen, dass es keine akzeptable Reaktion ist, wegen dieser Massaker die Meinungsfreiheit einzuschränken. Und doch ist genau das hier im Namen des Schutzes – nicht einmal der Juden – sondern des Staates Israel geschehen. Von dort kommen diese Forderungen.

Hier ist der australische Premierminister, der sehr nervös und erschüttert wirkt, als er alle Maßnahmen ankündigt, die bereits auf Forderung Israels zur Einschränkung der Meinungsfreiheit in Australien ergriffen wurden, sowie alle Maßnahmen, die in naher Zukunft ergriffen werden sollen.

Anthony Albanese: Es ist klar, dass wir mehr tun müssen, um diese schlimme Plage zu bekämpfen. Viel mehr. Als Sonderbeauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus hat Jillian Segal einen Bericht vorgelegt, in dem weitere Schritte dargelegt werden, die wir unternehmen können. Die australische Regierung übernimmt und unterstützt den Plan zur Bekämpfung des Antisemitismus voll und ganz. Wir werden weiterhin in Absprache mit der jüdischen Gemeinde und der Sonderbeauftragten an der Umsetzung der 13 Empfehlungen arbeiten. Und natürlich war die erste Empfehlung die Übernahme der IHRA-Definition von Antisemitismus, die die Regierung angenommen hat. Heute kündige ich eine Reihe weiterer Maßnahmen an, die auf diesem Plan aufbauen. Erstens werden der Generalstaatsanwalt und der Innenminister ein Paket von Gesetzesreformen entwickeln, um gegen diejenigen vorzugehen, die Hass, Spaltung und Radikalisierung verbreiten. Der Nationale Sicherheitsausschuss hat sich darauf geeinigt, dass die Änderungen die folgenden fünf Punkte umfassen werden. Zu den vereinbarten Änderungen gehören: Erstens, verschärftete Strafen für Hassreden von Predigern und Führern, die zu Gewalt aufrufen. Zweitens, höhere Strafen für Hassreden, die zu Gewalt aufrufen. Drittens, die Einstufung von Hass als erschwerender Faktor bei der Verurteilung von Straftaten im Zusammenhang mit Online-Drohungen und Belästigungen. Viertens, die Entwicklung eines Systems zur Auflistung von Organisationen, deren Führer Hassreden halten, zu Gewalt oder Rassenhass aufrufen. Und fünftens die Entwicklung eines engen Bundesdelikts für schwere Verleumdung aufgrund der Rasse und/oder die Befürwortung rassistischer Überlegenheit. Der Innenminister erhält außerdem neue Befugnisse, Visa für Personen zu widerrufen oder abzulehnen, die in diesem Land Hass und Spaltung verbreiten oder dies tun würden, wenn sie hierher kommen dürften. David Gonski hat sich bereit erklärt, eine zwölfmonatige Task Force zu leiten.

GG: Einige von Ihnen hören das vielleicht und denken, dass es intuitiv vernünftig klingt.

Sozusagen: Hey, wir werden Hassreden unter Strafe stellen. Und ich denke, das sollte an sich schon problematisch sein. Wir haben das schon oft diskutiert. Es gibt keinen Unterschied zwischen freier Meinungsäußerung und Hassrede. Wenn man glaubt, dass es eine Ausnahme von der freien Meinungsäußerung für Hassreden gibt, glaubt man nicht an die freie Meinungsäußerung. Jede Äußerung und jede Kritik kann als Hassrede eingestuft werden. Aber sobald man die Übernahme dieser Definition des International Holocaust Remembrance Act bekannt gibt, der IHRA-Definition, auf die er sich bezog, die Europa in die Gesetze aufgenommen hat, die die Trump-Regierung den amerikanischen Hochschulen aufgezwungen hat, erweitert das die Bedeutung antisemitischer Äußerungen enorm. Was damit eigentlich gesagt wird, ist, dass es nun ein Verbrechen ist, wenn man Hassrede betreibt, aber Hassrede bedeutet Antisemitismus, und Antisemitismus wurde nun radikal ausgeweitet, um alle möglichen Ideen einzuschließen, die man niemals als hasserfüllt betrachten würde.

Nach dieser IHRA-Definition darf man beispielsweise nicht sagen, dass Israel ein rassistisches Projekt ist, dass der Zionismus eine rassistische Ideologie ist. Man kann das über die Vereinigten Staaten sagen, man kann es über China sagen, man kann es über den Iran oder Russland oder Südafrika oder jedes andere Land sagen, das man möchte. Man darf Israel nur nicht als rassistisches Unterfangen bezeichnen, weil das jetzt als antisemitisch gilt. Man darf die Handlungen der israelischen Regierungen nicht mit denen der Nazis vergleichen. Man kann Trump so oft man will als Nazi bezeichnen, das ist überhaupt kein Problem. Man kann sagen, dass die Regierung der Vereinigten Staaten in diesem Krieg wie die Nazis gehandelt hat. Kein Problem, das ist in Ordnung. Man kann das über jedes andere Land sagen, nur Israel und seine Regierung darf man nicht mit den Nazis vergleichen. Man darf nicht sagen, dass Juden Jesus Christus getötet haben, obwohl die Bibel keinen Zweifel daran lässt, dass Juden zusammen mit den Römern eine Schlüsselrolle bei der Hinrichtung Jesu Christi gespielt haben und dies seit langem ein zentrales Dogma des Christentums ist. Wenn man das heute sagt, äußert man Hassrede, die unter Strafe steht. Man darf nicht sagen, dass ein Jude offenbar mehr Loyalität gegenüber Israel als gegenüber den Vereinigten Staaten empfindet, selbst wenn er das so ziemlich selbst sagt. Selbst wenn offen gesagt wird: „Ich liebe die Vereinigten Staaten, aber letztendlich ist es als Jude meine Priorität, die Sicherheit Israels als Zufluchtsort für Juden zu stärken und zu bewahren.“ Und wenn man dann bemerkt, dass diese Person offenbar mehr Loyalität gegenüber diesem fremden Land, Israel, empfindet als gegenüber ihrem eigenen Land, den Vereinigten Staaten, gilt das schon als Hassrede. Das ist per Definition Antisemitismus. Das darf man nicht sagen. Und eine ganze Reihe anderer politischer Meinungen, die früher nie als antisemitisch galten. Vielleicht waren es antisemitische Tropen, aber jetzt sind sie offizielle Ausdrücke von Hassrede, und wenn man sie auf einem amerikanischen Campus sagt oder als Fakultätsmitglied Materialien zuweist, die sie zum Ausdruck bringen, kann man dank der Trump-Regierung bestraft werden und wird es auch.

In Großbritannien, in der EU, in Australien kann man jetzt verhaftet und strafrechtlich verfolgt werden, wenn man solche Dinge sagt. Auf diese Weise hat Israel die Meinungsfreiheit im gesamten Westen ausgehöhlt. Und es ist erstaunlich. Es ist erstaunlich, wenn die eigene Regierung die Bürger dazu bringt, ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung

aufzugeben. Aber zu sehen, wie ein fremdes Land einfach in jedes andere Land im Westen marschiert und sagt: „Diese Äußerungen sind nicht mehr erlaubt. Wenn eure Bürger diese Ansichten äußern, werdet ihr verhaftet“, und die Regierungen sagen: „Ja, Sir, tut uns leid, wir haben das bisher nicht getan, wir hätten es schneller tun sollen, aber wir werden es jetzt umsetzen und das wieder gutmachen.“ Das ist äußerst alarmierend, aber auch verwirrend und letztlich auch ziemlich aufschlussreich darüber, wie diese westlichen Demokratien funktionieren und wer in ihnen wirklich das Sagen hat.

ENDE